

Hitze wird zum Risiko!

Simone Kirschbaum (SPD) fordert: „Wir brauchen dringend konsequenten Hitzeschutz“.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert mehr Verbindlichkeit beim Hitzeschutz in Baden-Württemberg. Anlass sind die Antworten der Landesregierung auf Anfragen der SPD-Landtagsabgeordneten. Auch SPD-Landtagsabgeordnete Simone Kirschbaum hakte zum Hitzeschutz in Backnang, Waiblingen, Fellbach und Schorndorf nach.

Die Antworten zeigen: Baden-Württemberg ist auf Hitzewellen nicht ausreichend vorbereitet. Der Landesregierung fehlt der Überblick darüber, wie weit die Kommunen beim Hitzeschutz sind und welche Maßnahmen wirken.

Hitzewellen kosten Menschenleben, belasten die Gesundheit und schaden der Wirtschaft. Daher braucht es wirksame Hitzeaktionspläne, mehr Begrünung und Entsiegelung, schattige und kühle Aufenthaltsorte, sowie einen besseren Schutz vulnerabler Gruppen.

„Hitze gehört zu den größten Gesundheitsrisiken des Klimawandels. Entscheidend ist aber nicht nur, dass Aktionspläne geschrieben werden, sondern dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden und wirken“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Simone Kirschbaum.

„In einem Land mit mehr als 1.100 Städten und Gemeinden gibt es landesweit bislang lediglich 39 Gebietskörperschaften mit einem bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Hitzeaktionsplan.“

Besonders kritisch ist aus Sicht der Abgeordneten, dass die Landesregierung nach eigenen Angaben weder den Umsetzungsstand noch die Wirksamkeit der Hitzeschutzmaßnahmen systematisch erfasst. Statt eines landesweiten Monitorings stützt sie sich weitgehend auf freiwillige Rückmeldungen der Kommunen. „Wer nicht weiß, welche Maßnahmen umgesetzt werden und welche wie wirken, kann den Hitzeschutz im Land auch nicht wirksam steuern“, so Simone Kirschbaum.

Kritisch ist zudem der Schutz vulnerabler Gruppen. Beim Hitzeschutz an Schulen verweist die Landesregierung weitgehend auf die Zuständigkeit der Kommunen, für Krankenhäuser fehlen ihr landesweite Daten darüber, wie verbreitet wirksame Hitzeschutzmaßnahmen tatsächlich sind.

Abgeordnete Kirschbaum betont: „Gerade angesichts immer häufiger auftretender Hitzewellen darf sich das Land nicht hinter kommunalen Zuständigkeiten verstecken. Hitzeschutz ist eine gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Ebenen.“

Mit Blick auf meinen Wahlkreis ist ausdrücklich zu begrüßen, dass in Waiblingen bereits Maßnahmen ergriffen und die Umsetzung blau-grüner Infrastruktur vorangetrieben werden. In Backnang wurden Trinkwasserspender aufgestellt, in Fellbach wichtige Planungsgrundlagen für die Landschafts- und Siedlungsentwicklung geschaffen und in Schorndorf das Stadtbaumkonzept sowie weitere Klimaanpassungskonzepte weiterentwickelt. Entscheidend ist jetzt jedoch, dass das Land diesen Flickenteppich an Einzelmaßnahmen zusammenführt, sich einen landesweiten Überblick verschafft, erfolgreiche Maßnahmen dauerhaft absichert und ausbaut sowie die flächendeckende Umsetzung von Hitzeaktionsplänen vorantreibt.“

Pressemitteilung



Die SPD fordert deshalb verbindlichen Hitzeschutz statt freiwilliger Einzelmaßnahmen: als kommunale Pflichtaufgabe mit Finanzierung durch das Land. Verbindliche Hitzeschutzstandards für Krankenhäuser, Kitas und Pflegeeinrichtungen sowie einer verpflichtenden Klima- und Kälteplanung für Schulgebäude.